

## **Gegen Krieg und Gewalt - für globale Gerechtigkeit**

Annemarie Sancar, cfd (Christlicher Friedensdienst)

In St. Gallen, Luzern, Bern, Genf und vielen Städten der Welt gehen seit dem 8. Oktober Frauen und Männer auf die Strasse, um gegen die Angriffe der USA und ihrer verbündeten Westmächte auf Afghanistan zu protestieren. Der cfd ruft zusammen mit anderen friedenspolitisch engagierten Organisationen auf zur nationalen Kundgebung gegen Krieg, für globale Gerechtigkeit.

Als friedenspolitische Organisation verurteilen wir diesen Krieg aufs schärfste. Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombardierungen. Die Strategie, aus den einen Flugzeugen Bomben und aus den anderen Lebensmittelpakete abzuwerfen, ist doppelbödig, ja zynisch: Die Inszenierung des Humanitären macht Kriegsherren nicht besser und legitimiert keine Gewalt. Es gibt nicht einmal Garantie dafür, dass die abgeworfenen Lebensmittel diejenigen erreichen, für die sie angeblich bestimmt sind, die zivile Bevölkerung. Bewaffnete Gruppen und lokale Kriegsherren können die Güter an sich reißen, zu horrenden Preisen verkaufen und damit erneut Gewalt ausüben. Das stärkt Herrschaftsverhältnisse und Ausbeutungsverhältnisse. Afghanistan wird kritisiert wegen seiner steinzeitlichen Methoden, doch es liegt in der militärischen Logik der USA, solche Verhältnisse zu unterstützen, denn sie sind eine wichtige Voraussetzung für die Kriegsführung.

- Wir fordern eine organisierte und koordinierte Lebensmittelhilfe durch das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und eine angemessene Wirtschaftshilfe – auch von der Schweizer Regierung.

Die USA treten als die Rechtschaffenen auf, die sich seriös auf den „Gegenschlag“ vorbereitet haben. Sie nehmen sich - wie schon im Golfkrieg - das Recht anzugreifen, wo, wann und wie sie wollen. Sie meinen bestimmen zu können, welche Gewalt Terrorismus ist, welche Gewalt indes zulässig, salonfähig, ja bewundernswert sein soll. Doch der Angriff auf Afghanistan entbehrt jeglicher Rechtsstaatlichkeit und verstösst gegen das Völkerrecht. Die Terrorismus-Rhetorik ist Augenwischerei und legitimiert jede Form der Gegengewalt.

- Wir fordern eine rechtlich abgestützte Beweisführung für die Klärung der Ereignisse vom 11. September

Die Ziele seien rein militärischer Art, versuchen die US-Strategen uns weiszumachen. Krieg trifft immer auch die Zivilbevölkerung, ihre wirtschaftlichen Ressourcen werden nachhaltig zerstört, die sozialen Netze zerrissen. Der cfd ist ein feministisches Hilfswerk, uns interessiert

v.a. die gesellschaftliche Rolle der Frauen und ihre Situation. Und Frauen sind besonders betroffen – was keine neue Erkenntnis ist. Vertreterinnen von Partnerorganisationen des cfd in Palästina berichten, was es bedeutet speziell auch nachts den Angriffen der israelischen Armee ausgesetzt zu sein. Der Krieg gegen Afghanistan ist keine Ausnahme. Die Lage der Frauen wird sich massiv verschlechtern - Wie eine Frau aus Zentralasien ausführt: „Die Afghanischen Frauen haben Angst, dass ihre Männer im Krieg umkommen. Denn unter dem Taliban-Regime dürfen sie keiner Arbeit nachgehen, als Frauen ist es ihnen verwehrt, ihre Familien zu ernähren.“ Ihren Lebensunterhalt können sie nur noch als Bettlerinnen, Diebinnen oder Sexarbeiterinnen verdienen – mit dem Risiko, öffentlich hingerichtet zu werden. Die USA hat sich immer wieder solidarisch gezeigt mit den „armen Frauen“ von Afghanistan, und mit gross angelegten Petitionen gegen ihre Unterdrückung protestiert – eine nette, doch wenig verbindliche Solidarität des Nordens mit dem „armen Süden“. Und jetzt? Dieser Krieg gegen Afghanistan wird die Frauen nicht befreien, im Gegenteil. Wie in jedem Krieg werden Zwangsprostitution, Frauenhandel und andere Formen patriarchaler Ausbeutung zunehmen.

- Wir lehnen gerade auch aus diesem Grund jede Form von militärischer Intervention ab und fordern den gewaltfreien Umgang mit Konflikten, der nur über demokratische Wege und unter Einbezug der Zivilbevölkerung gelingen wird.

Wir fordern den Bundesrat auf,

- sich dezidiert vom Krieg zu distanzieren;
- gegen die Willkür der USA und Grossbritanniens zu protestieren;
- auf die Einhaltung des Völkerrechtes und der UNO-Konventionen zu bestehen.

Mit dem Geld, welches in den Krieg investiert wird, könnten riesige Projekte finanziert werden, welche die Ausbeutungsverhältnisse in Afghansitan überwinden zugunsten von mehr Gerechtigkeit. Das wäre ein nachhaltiger Beitrag zum Frieden und zur Demokratisierung des Landes – an dem sich auch die Schweiz beteiligen kann und soll.

Bern, den 13.Oktober.2001